№ 577
B 286
Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 6. Dezember 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Bedrohung des Ermächtigungsgesetzes.

Deutschnationale Obstruktionsabsichten.

Die heutige Plenarsitzung des Reichstages sollte um 1 Uhr nachmittags beginnen. Sie war als letzte Sitzung vor den langen Ferien gedacht, die bis Ende Januar andauern sollten, und wie immer in solchen Fällen war die Tagesordnung besonders reichhaltig, ein großes Aufräumen mit allen Rückständen vor dem Ferienbeginn. Der Sitzungsbeginn wurde aber zunächst auf 2 Uhr verschoben, denn es ist wieder einmal alles in Frage gestellt, und die Auflösungsgefahr, die man nach dem bekannten Beschluß der Sozialdemokratie als beseitigt wähnte, ist wieder nahegerückt.

Zwei Schwierigkeiten haben sich fast unmittelbar vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz ergeben. Die erste ist durch die Obstruktionsabsicht der Deutschnationalen heraufbeschworen. Die zweite durch einen Antrag, der heute von den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen im Aeltestenausschuß angekündigt worden ist. Nach der gestrigen Erklärung des Sprechers der Deutschnationalen im Plenum hatte man in der Regierung angenommen, daß die deutschnationale Fraktion zwar das Ermächtigungsgesetz selbst ablehnen, der parlamentarischen Durchbringung aber keine technischen Schwierigkeiten in den Weg legen würde, d. h., daß sie bei der Abstimmung im Saale bleiben würden, um die Beschlußfähigkeit, zu der nach der Verfassung zwei Drittel aller Abgeordneten erforderlich sind, nicht in Frage zu stellen. Aber Nacht scheinen sich die Deutschnationalen es anders überlegt zu haben. Unmittelbar vor dem angesagten Sitzungsbeginn hörte man von Obstruktionsabsichten der Deutschnationalen. Sie wollen in der gleichen Weise wie bei der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes für das Kabinett Stresemann vor Beginn der Abstimmung den Saal verlassen, um die Beschlußunfähigkeit herbeizuführen.

Die Absicht kann ihnen gelingen, denn bei 450 Abgeordneten ist die Anwesenheit von 306 Abgeordneten zur Beschlußfähigkeit erforderlich. Wenn die 67 Deutschnationalen mit den 14 Kommunisten den Saal verlassen und jene 53 Sozialdemokraten, die gegen die Bewilligung des Ermächtigungsgesetzes sind, der Abstimmung fern bleiben, dann ergibt das schon eine Gesamtzahl von 137 Abgeordneten, die an der Abstimmung nicht teilnehmen. Mit etwa 30 Abwesenden infolge von Krankheit und anderer Verhinderung muß gerechnet werden. Das wären 167 fehlende Abgeordnete. Es würden dann günstigstenfalls 292 Abgeordnete an der Abstimmung teilnehmen, und das bedeutete die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Die zweite Schwierigkeit besteht in der erwähnten, im Aeltestenausschuß vorgebrachten Forderung der Oppositionsparteien, die sich auf das Ermächtigungsgesetz bezieht. Bekanntlich sieht das Ermächtigungsgesetz einen sogenannten Fünfzehner-Ausschuß vor, der vom Reichstag eingesetzt werden und dem die Regierung Verordnungen, die sie auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen will, vorher vertraulich zur Kenntnis bringen soll. Der Ausschuß hat, wie man weiß, kein Veto- und kein Ablehnungsrecht. Die Regierung ist nur verpflichtet, die Auffassung des Ausschusses zu hören, ist aber nicht an sie gebunden.

Sozialdemokraten und Deutschnationale wollen nun erreichen, daß in bezug auf jene Verordnungen, bezüglich derer kein Einvernehmen zwischen der Regierung und dem Fünfzehner-Ausschuß erzielt worden ist, die Möglichkeit gewahrt bleiben soll, daß die Parteien sich an den Rechtsausschuß bzw. an den Hauptausschuß auch während der Dauer der Vertagung wenden.

Die Oppositionsparteien könnten dann vom Rechtsausschuß bzw. vom Hauptausschuß eine Beschlußfassung über die Verordnungen verlangen, bzw. die sofortige Einberufung des Plenums zur Beschlußfassung über einen Antrag auf Aufhebung einzelner Verordnungen. Diese Möglichkeit soll gewahrt bleiben, nicht nur für die auf Grund des neuen Ermächtigungsgesetzes zu erlassenden Verordnungen, sondern auch hinsichtlich der auf Grund des alten Ermächtigungsgesetzes bzw. des Artikels 48 der Verfassung bereits herausgegebenen Verordnungen.

Im Aeltestenausschuß hat die Regierung sich entschieden gegen den Vorschlag der Oppositionsparteien gewandt, und es heißt, der Reichskanzler sei der Auffassung, daß eine Annahme eines derartigen Antrages zum Ermächtigungsgesetz das Gesetz selbst illusorisch machen würde. Die Regierung sei infolgedessen entschlossen, aus einem derart einschränkenden Zusatze die gleiche Forderung zu ziehen, wie bei einer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes, nämlich mit der Auflösung des Reichstages vorzugehen. Der Aeltestenausschuß hat seine Beratungen abgebrochen, um der Regierung und den Parteien Gelegenheit zu Verhandlungen zu geben. Statt des Plenums sind um die Mittagsstunde die Fraktionen zusammengetreten, um zu dieser neu geschaffenen Situation Stellung zu nehmen.

Neue Verständigung.

Kurz vor Schluß der Redaktion wird uns gemeldet, daß in einer neuerlichen Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler eine Verständigung erzielt worden ist. Der Reichstag soll noch der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz durch den Präsidenten auf unbestimmte Zeit vertagt werden, d. h. der Präsident wird ermächtigt werden, den Zeitpunkt der nächsten Sitzung schriftlich bekanntzugeben. Unausgesprochen bleibt, daß Regierung und Parteien sich unter der Hand darauf geeinigt haben, daß die Ferien des Reichstages bis Ende Januar dauern sollen.

Die Parteien sind auch damit einverstanden, daß nur in ganz außergewöhnlichen Fällen ein früherer Zusammentritt des Reichstages stattfinden soll. Nach der Vereinbarung bleibt es auch während der Vertagung des Reichstages ausschließlich bei der gutachtlichen Mitwirkung des Fünfzehnerausschusses hinsichtlich der Verordnungen, die die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen will. Damit ist die eine Schwierigkeit beseitigt.

Fraglich bleibt es jetzt nur noch, ob heute bei der Abstimmung die Beschlußfähigkeit zu erreichen sein wird. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Deutschnationalen ihre Obstruktionsabsichten doch noch aufgeben werden. Kurz vor 2 Uhr trat der Aeltestenausschuß zu einer neuen Beratung zusammen.

Das Verfahren gegen Graefe.

Beginn der Sitzung.

Gegen ½3 Uhr eröffnete Präsident Löbe die Sitzung des Reichstags und teilte unter lebhafter Bewegung des Hauses mit, daß der Reichsminister des Innern den Antrag gestellt hat, die Immunität des deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe aufzuheben, damit das Verfahren wegen Hochverrats gegen ihn eingeleitet werden kann.

Die rheinische Entscheidung.

Von

Hugo Boesen,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Köln,** 5. Dezember.

Der preußische Ministerpräsident Braun hat gestern eine Rede über die Rheinlandfrage gehalten, die genau so ausgefallen ist, wie man von einem preußischen Ministerpräsidenten erwarten mußte. Man darf aber nicht hoffen, daß durch sie im Rheinland selbst die verworrene Lage geklärt würde. Diese Rede genügt nicht. Es ist Pflicht, das auszusprechen. Das Rheinland befindet sich in kritischen Entwicklungsphasen und es scheint notwendig, einmal deutlich herauszuschälen, woher die Verschärfung der Situation datiert. Abgesehen von der Zuspitzung der wirtschaftlichen Not, vornehmlich von folgenden vier Ereignissen:

1. Der Ausschaltung der Reichsregierung aus den unmittelbaren Verhandlungen über die Rhein-Ruhr-Wirtschaft. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die erzwungene Verlegung der Verhandlung über die Ingangsetzung der Wirtschaft ins besetzte Gebiet den Gedanken befruchtet hat, daß die letzten Verantwortungen für das eigene Schicksal zwangsläufig von den Männern des besetzten Gebietes bestimmt und getragen werden müssen, eine Auffassung, der Herr Tirard unentwegt Vorschub leistet.

2. Dem separatistischen Oktober-November-Putsch. Der Widerstand der Bevölkerung gegen den Separatistenterror bis zu dem Grade, daß die Franzosen jetzt der Komödie ein Ende machen mußten, um nicht selbst dem Fluch der Lächerlichkeit zu verfallen, wirkt psychologisch wieder als ein Akt der Selbsthilfe, die, wenn nötig, sich auch in anderen Interessensphären zu versuchen bereit ist.

3. Dem Aktivwerden der „Verfackungspolitiker" in der Reichsregierung seit dem Eintritt des Herrn Jarres. Für die Idee, daß die Renaissance Deutschlands nur unter einstweiligem Verzicht auf Rheinland und Ruhr möglich sei, was einbegreift, daß man sich zunächst im Rheinlande finanziell nicht verbluten will, findet man hier, abgesehen von engen Zirkeln, kein Verständnis. Man drückt das so aus: „Berlin separiert sich von den Rheinlanden" und man zieht daraus seine Konsequenzen in umgekehrter Richtung.

4. Von der Ankündigung, daß die Unterstützungszahlungen an das besetzte Gebiet aufhören würden. Seit diese Maßnahme angekündigt, hernach zunächst aufgeschoben, neuerdings, wie es heißt, sogar aufgehoben wurde, woraus geschlossen wird, daß die finanzielle Notwendigkeit der Zahlungseinstellung nicht absolut gegeben war, griff die Meinung reißend um sich, daß das Rheinland zu wirtschaftlicher und finanzieller Selbstbestimmung gelangen müsse, wobei die Weitblickenden die unausbleiblichen politischen Folgen nicht übersehen.

Die französische Rheinlandkommission sorgte ihrerseits durch eine zermürbende raffinierte Politik dafür, daß im Rheinlande ein Fatalismus, eine Katastrophenstimmung, um sich griff, die den Widerstand der Bevölkerung gegenüber jeder Aenderung der politischen Stellung der Rheinlande lähmte.

Das ist die Wahrheit. Hierüber haben sich die rheinischen Persönlichkeiten, die in den letzten Wochen bald in Berlin, bald mit Herrn Tirard verhandelten, keiner Täuschung hingegeben. In politischer Hinsicht war ihr Wirken pflichtgemäß nur allem negativ. Sie haben sich beharrlich geweigert, die Klammern zu lockern, die das Rheinland mit dem Reiche verknüpfen, obschon Herr Tirard hierfür eine Initiative seitens der Rheinlande verlangte und mit Versprechungen scheinbar nicht hinter dem Berge hielt. Das veranlaßte Herrn Tirard, in einem gewissen Stadium der Besprechungen sich mit der Rheinischen Republik im Rahmen des Reiches zu begnügen, die allerdings eigenes Steuer- und Budgetrecht, eigene diplomatische Vertretungen und sonstige Souveränitätsrechte haben sollte. Es muß festgestellt werden, daß kein verantwortlicher rheinischer Führer bis heute mit Herrn Tirard darüber „verhandelt" hat. Die Feststellung des preußischen Ministerpräsidenten über diesen Punkt kann zu Mißdeutungen Anlaß geben. Von deutscher Seite wurde lediglich die bekannte, auch von der Reichsregierung gebilligte Lösung vorgeschlagen, die einen Zweckverband der besetzten Gebiete mit einem Direktorium an der Spitze vorsah. Vielleicht ist es darüber zu Erörterungen gekommen. Diese Lösung war indessen schon an dem selben Tage erledigt, wo sie von dem Reichstagsabgeordneten Erkelenz in Elberfeld als möglicher modus vivendi erwähnt wurde. Denn sie wurde von Tirard als „unannehmbar" abgelehnt.

Die Rheinländer hören in den letzten Tagen aus Berlin, daß man dort über Tempo und Art der öffentlichen Erörterung der Rheinlandfrage an Regierungsstelle beunruhigt sei. Es ist zuzugeben, daß vor allem infolge der Heimlichtuerei der Verhandlungsführer teilweise gewisse Uebertreibungen des bereits Geschehenen innerhalb und außerhalb der Rheinlande, vor allem im Auslande, verbreitet werden. Trotzdem: Wenn die Reichsregierung sich in diesen Tagen erneut mit dem Rheinlandproblemen befaßt, so muß aus den Regierungsbesprechun-

Benesch's Europakarte.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Prag,** 5. Dezember.

In Olmütz sprach dieser Tage Außenminister Dr. Benesch über den „diplomatischen Kampf um die tschechoslowakische Selbständigkeit", den er von Paris aus um die Anerkennung der tschechoslowakischen Republik als selbständigen Staates geführt hat. Dabei galt es, wie er ausführte, vor allem, einen Separatfrieden der Ententemächte mit Oesterreich zu verhindern. Ganz unumwunden gesteht es Dr. Benesch ein, daß seine diplomatischen Bemühungen darauf gerichtet waren, den Krieg so lange hinauszuziehen, bis es gelungen war, die Anerkennung des tschechoslowakischen Staates durchzusetzen und ihn, bzw. seine Vertreter, an den Friedensverhandlungen an der Seite der diktierenden Ententemächte teilnehmen zu lassen.

In den drei Jahren 1916 bis 1918 gab es mehrere Male kritische Augenblicke, in denen sein ganzes Werk ins Wanken kam. Noch im Oktober 1918 wirkte eine starke Strömung in Frankreich dafür, die von Oesterreich ausgestreckte Friedenshand zu ergreifen, da man nicht an einen völligen Zusammenbruch der Mittelmächte glaubte. Berthelot, der Generalsekretär im französischen Außenministerium Pichon, der getreue Freund und politische Sekundant Beneschs, wies das Anerbieten Oesterreichs brüsk zurück.

Nicht ohne Stolz spricht Dr. Benesch den Satz: „Nach all diesen weltgeschichtlichen Ereignissen sieht Europa heute noch so aus, wie ich es zusammen mit Masaryk und den anderen im Jahre 1915 auf unserer Propagandalandkarte gezeichnet habe."

Die römischen Kommunisten.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

mp **Rom,** 5. Dezember.

Der kommunistische Abg. Bombacci, der gelegentlich der Diskussion über den italienisch-russischen Handelsvertrag dafür eingetreten ist, daß zwischen Rußland und Italien baldmöglichst normale Beziehungen hergestellt würden, ist wegen dieser Rede von der italienischen kommunistischen Partei ausgestoßen und aufgefordert worden, sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen.

...er eine Kundgebung hervorgehen, die den Rheinländern gegenüber wenigstens in Umrissen andeutet, wie man sich die Vorschläge zur Ordnung der rheinischen Verhältnisse in Berlin denkt.

Das politische Schicksal der Rheinlande steht in enger Verbindung mit der sogenannten Sicherheitsfrage. Frankreich will „Sicherheiten militärisch-territorialer Art" als Ersatz für den amerikanisch-englisch-französischen Garantiepakt. Diese Sicherheiten sucht Frankreich am Rhein. Hiervon ist nun einmal auszugehen, unter Berücksichtigung der tatsächlichen Machtverhältnisse, für die der Rheinländer einen feinen Instinkt hat. Der Rheinländer hat zu deutlich an der Enttäuschung der Pfänderfrage und des Ruhreinbruches gesehen, daß die internationalen Entscheidungen über sein Schicksal letzten Endes in London und Paris gefällt werden. Den Rheinländern, von einigen traurigen Hochverrätern abgesehen, geht die Reichseinheit über alles. Man findet jetzt auch überall Verständnis für die Auffassung, daß es nicht einfach damit getan ist, „daß Preußen eine Provinz opfert, um dem Reiche ein Land zu erhalten". Aber nachdem man hier zehn Jahre Krieg erlebt hat, will man nun an klaren Richtlinien sehen, daß den Rheinlanden im Zusammenhang mit den kommenden großen internationalen Verhandlungen die Möglichkeit zum Wiederaufbau von Wirtschaft, Ruhe und Ordnung wiedergegeben werden kann und der unerträglich gewordene Druck der Fremdherrschaft erleichtert wird.

Die Reichsregierung muß auch in dieser Frage die Führung behalten, die ihr zu entgleiten droht, wenn sie die Zeichen der Zeit nicht versteht. Auch im Rheinlande droht hinter den Kulissen der Kampf zwischen Politikund Wirtschaft.

Der Fünfzehnerausschuß, der am 24. Oktober in Bonn gebildet wurde, hat sich vorgestern aufgelöst. An seine Stelle ist der Sechzigerausschuß des besetzten Gebietes aller Parteien getreten, aus dessen Mitte ein Verhandlungsausschuß gebildet werden soll.

Neben diesem Sechzigerausschuß besteht noch eine Vereinigung der Stadt- und Landkreise im besetzten Gebiet, die in den letzten Tagen unter Führung von Oberbürgermeister Dr. Adenauer sehr aktiv zu werden scheint.

Drittens beanspruicht für sich das Recht, als Beauftragter weiter Kreise Verhandlungen nach allen Richtungen führen zu dürfen, der Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete, an dessen Spitze der Bankier Louis Hagen steht, dessen Betriebsamkeit man bei der Gründung der Rheinischen Goldnotenbank beobachten kann.

Es liegt die Gefahr vor, daß das Durcheinander der Interessen und Meinungen, abgesehen von seiner Schädlichkeit an sich, schließlich die schon vorhandene Prädominanz der Wirtschaftler bei der Neugestaltung der Verhältnisse am Rhein und Ruhr verewigt. Wenn die Politiker, ohne das Gespenst von Vaterlandsverrat fürchten zu müssen, sich über die Nuancen des Rheinlandproblems frei äußern dürften und mit derselben Ungeniertheit nach der Türkline des Herrn Tirard gegriffen hätten, wie die Wirtschaftskreise, brauchte man sich heute vielleicht nicht dafür einzusetzen, daß die Politiker unbedingt die Führung behalten, auch gegenüber Herrn Tirard. Hierfür wird der preußische Ministerpräsident volles Verständnis aufbringen.

Die Rheinlande lehnen nach dem Separistenmarsch mehr denn je eine rein französische Lösung der Rheinlandfrage ab. Auch will niemand Lösungen übereilen. Es gibt nicht nur eine Alternative, sondern es gibt zahlreiche Nuancen. Die Klärung all dieser Dinge steckt noch im embryonalen Zustand. Es muß über sie lange und eingehend gesprochen werden. Darum muß der Opfermut des unbesetzten Gebietes Rhein und Ruhr noch so lange über die materielle Not hinwegtragen, bis der günstigste Zeitpunkt für Verhandlungen da ist.

Die amerikanischen Lebensmittel-Kredite.

Englischer Optimismus.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 6. Dezember.

Der englische Kolonialminister Herzog von Devonshire erklärte gestern in einer Rede, er wolle keine optimistischen Hoffnungen erwecken, aber er glaube, sagen zu können, daß die **Aussichten in Europa jetzt besser seien, als sie in den letzten Monaten jemals gewesen wären. Es bestehe Hoffnung, daß durch das Zusammenwirken der Verbündeten und der Vereinigten Staaten ein wichtiger Schritt unternommen werden könne, um das Problem zu lösen, das in den letzten drei Jahren einen schweren Schatten über Europa geworfen hat.**

Der in dieser Rede zum Ausdruck gekommene Optimismus der englischen Kreise begründet sich nicht nur auf das lebhafte Interesse, das Amerika an einer Sanierung Deutschlands und an den Arbeitsprogramm der Sachverständigenausschüsse der „Neptune" nimmt, sondern auf neue französische Schritte. Mitte voriger Woche ist nämlich von französischer Seite im hiesigen Auswärtigen Amt und abermals am Montag in einer **Unterredung Poincarés mit Lord Crewe die Ausdehnung der englisch-französischen Verhandlungen über die Wirtschaftsprobleme auf militärische Fragen angeregt worden.** Von englischer Seite ist sofort betont worden, daß als Vorbedingung weitergehender Verhandlungen ein französisches Entgegenkommen in der Reparationsfrage und in der Behandlung des Ruhrproblems durch Sachverständige gefordert werden müsse.

Von französischer Seite ist dann in der Reparationskommission dem englisch-amerikanischen Standpunkt durch bedingungslosen Einsetzen der Sachverständigenausschüsse ein gewisses Entgegenkommen gezeigt worden, während zugleich in französisch-belgischen Verhandlungen eine weitergehende Modifikation der Ruhrbesetzung, insbesondere in der Herabsetzung der Besatzungstruppen **von 60 000 auf 10 000 Mann** beschlossen wurde.

Französischer Widerspruch.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 6. Dezember.

Die bevorstehende Erklärung der amerikanischen Lebensmittelkredite für Deutschland in der Reparationskommission wird in hiesigen unterrichteten Kreisen lebhaft besprochen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Frage zu neuen heftigen Auseinandersetzungen im Hotel Astoria Anlaß gibt. England wird aller Voraussicht nach für die Genehmigung der Anleihe unter Bewilligung des von Amerika geforderten Rechtes der absoluten Priorität vor allen andren Verpflichtungen Deutschlands eintreten, daß Italien **dem englischen Standpunkt beitreten wird.** Ueber die voraussichtliche Haltung Belgiens ist noch nichts bekannt. Frankreich wird, so nimmt man hier an, das Prioritätsrecht für die Lebensmittelkredite bekämpfen.

In der französischen Presse wird die Frage einstweilen nur wenig kommentiert. Der „Matin" bemerkt, es sei schwer, anzunehmen, daß die Reparationskommission das Prioritätsrecht bewilligen werde.

Pertinax führt im „Echo de Paris" aus, zum richtigen Verständnis des Problems müsse man beachten, daß durch die Lieferungen an Deutschland eine Krisis auf dem amerikanischen Fleischmarkt beseitigt werden solle. Die ganze „Hilfsaktion" sei für Amerika in jeder Hinsicht ein gutes Geschäft, vorausgesetzt, daß die Kosten der Reparationskasse aufgebürdet werden können. Ein Entgegenkommen der Verbündeten in diesem Fall sei aber um so weniger angebracht, als in den amerikanischen Banken große deutsche Guthaben ruhen, so daß die Rückzahlung der Lebensmittelanleihe dadurch leicht garantiert werden könne.

Der „Petit Bleu" hat einige französische Parlamentarier um Aeußerungen über die Frage gebeten. Der rechtsrepublikanische Abgeordnete Gallois erklärt, nach seiner Ansicht sei die Bewilligung des Prioritätsrechts ausgeschlossen. Die Verbündeten müssen zu dem Grundsatz festhalten, daß wenigstens ein Teil jeder deutschen Auslandsanleihe zu Reparationszwecken zu verwenden ist. Man könne dann in jedem einzelnen Fall bestimmen, in welchem Umfang die Verbündeten von ihrem Rechte Gebrauch machen wollen. Der radikale Abgeordnete Sagot äußert, es werde Frankreich kaum möglich sein, das Prioritätsrecht für eine amerikanische Lebensmittelanleihe zugunsten Deutschlands abzulehnen, selbst wenn die Bekämpfung der Hungersnot nur vorgeschützt sei. Die öffentliche Meinung der Welt würde Frankreichs ablehnende Haltung verurteilen. Sie würde unrecht haben, aber Frankreich täte unrecht, sie nicht zu berücksichtigen.

Die ausschlaggebenden Fünfzig.

Englische Wahlprophezeiungen.

Einer sehr ausführlichen Wahl-Vorschau in der „Times" ist zu entnehmen, daß, wenn alles nach Wunsch geht, Baldwin eine Mehrheit von 30 bis 60 haben könnte. Diese Voraussage ist beinahe ebenso optimistisch wie die Vorschau desselben Blattes auf die letztjährige Majorität für Bonar Law. Damals machte die „Times" einige gute Treffer, daneben aber auch mehrere heitere Fehlschüsse. So wurde von Churchill gesagt, sein Sieg in Dundee sei „ganz sicher" (in Wirklichkeit sind er und sein Prophet um 10 000 Stimmen zurückgeblieben); ebenso irrig waren die zuverlässigen Angaben über McCurdy in Northampton, Sir A. Griffith-Boscawen in Taunton und Ramsay Macdonald in Aberavon.

Im ganzen läßt sich von Wahlprophezeiungen wir von Tarifen sagen, daß man sicherer geht, wenn man sich auf allgemeine Feststellungen beschränkt, als wenn man sich in Einzelheiten einläßt. So z. B. hätte nach der erwähnten Aufstellung der „Times" die Arbeiterpartei bei den letzten Wahlen nur 95 Mandate haben sollen, also um 51 weniger, als sie tatsächlich erzielte, die Unabhängigen Liberalen 76, also 18 mehr, als ihre wirkliche Mandatsziffer, und die Nationalliberalen 63 Sitze, was auch mehr war, als sich herausstellte.

Im jetzigen Wahlkampf sind die Aussichten in mehr als 50 Wahlkreisen so unsicher, daß selbst der kühnste Prophet im Dunkeln tappt. Die Frage, wer den Sieg davontragen wird, ist also durchaus offen. Von diesen 50 Wahlkreisen hängt möglicherweise das Gesamtergebnis ab.

Sieben Jahre Zuchthaus für Autonomie-Bestrebungen.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Paris meldet, hat das Schwurgericht in Straßburg nach zweitägiger Verhandlung einen der Führer der elsaß-lothringischen Autonomiebewegung von 1918 namens Ley „unter Zubilligung mildernder Umstände" zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Ley, ein Elsässer von Geburt, war unmittelbar nach dem Waffenstill-

Auf dem Sofa zu lesen.

Von

Gabriele Eckehard.

Erkenne dich selbst.

Pitt fällt ein, daß heute einer unserer vielen Gedenk- und Feiertage ist. Er hebt den Kopf vom Kurszettel und sieht mich an, bis ich frage: Na, was ist denn, mein Guter? Darauf Pitt: Weißt du, es ist mir heute so recht eingefallen, wie gut wir zusammen leben und wie schön es doch ist, daß wir uns geheiratet haben. Du bist wirklich eine reizende Frau und so klug. Und das Glück, so ein unbeschreiblich bezaubernddes Kind zu haben! Er redet noch eine halbe Stunde so, und ich höre gerührt und erfreut zu. Dann kommt er zum Schluß und sagt: Wir leben doch wirklich miteinander und nicht nebeneinander, wie die meisten Menschen, wir führen eine rechte Ehe. Und das liegt auch daran, daß wir klug und gutwillig genug sind, Kompromisse zu machen. Es wird nicht viele Ehepaare geben, die sich so gut verstehen. Ich bin aber auch wirklich ein entzückender Mensch.

Paraphrasiertes Volkslied.

Während ich arbeite, singen Schnudelpudel und Tata viele schöne Lieder mit dem obligaten Krach. Ich bin es gewohnt und arbeite weiter. Sie singen:

Je tiefer das Wasser, desto weißer die Fisch',
Je weiter mein Schatz ist, desto lieber mir ist.

Was? Wächst dir, lieber Dichter, die Liebe mit dem Quadrat der Entfernung, was wahr und löblich wäre, oder ist dir beim Schatz nunmehr lästig und dir ist es lieb, wenn er möglichst weit weg ist, was sowohl allgemein menschlich, wie im besondern für den Schatz bedauerlich wäre?

Juvivallera, Juvivallera, Schatz, scheiden tut weh.

Nun ja, das kann man wohl sagen!

Und die Liebe, die tut schwanken,
Wie das Schifflein auf der See.

Leider und — glücklicherweise, aber mehr leider. Denn wie das Schiff für sein Schwanken nichts kann, so kann auch das Menschenherz wenig für seine elementare Wankelmütigkeit und es ist daher uneinsichtig von Ihnen, schöne Frauen, Ihren Freunden einen Vorwurf daraus machen zu wollen.

Daß es im Wald dunkel ist,
Ei, das macht ja das Holz,
Daß mir mein Schatz untreu ist,
Ei, das macht ja kein Stolz.

Nein, das ist doch eine gar zu billige Entschuldigung. Weshalb ist mir mein Schatz untreu? Weil er sich in diese Gans von Lisa vergaßt hat, so dumm. Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz. Aha, daher identifiziert der Verfasser Dummheit und Stolz. Gut, sehr gut sogar!

Juvivallera, Juvivallera, Schatz, scheiden tut weh, ja weh.

Ja, ja das stimmt!

Und die Liebe, die tut schwanken,
Wie das Schifflein auf der See.

Schnudelpudel und Tata tremolieren gerührt. Ich muß auch sagen, das ist ein hervorragendes Lied. Ohne viele Phrasen und ohne verzwickte Psychologie gibt es den Extrakt dessen, was der Mensch von der Liebe wissen muß. Alles Mehr ist vom Uebel und komplisiert die Sache bloß.

P. P. oder klar und deutlich.

Pitt hat wieder einmal Halsentzündung, und abends kommt der Freund und Kollege, um zu berichten. Er sagt unter anderem, daß der Pg. dieser infame Betrüger, schon wieder einen unverschämten Brief geschrieben hätte, aber er habe ihm gebührend geantwortet. Er kramt den Durchschlag raus und liest Pitt den Brief vor, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Als er geendet hat, macht Pitt eine ungeduldige Handbewegung und sagt: „Aber, liebster Freund, Sie sind immer viel zu behutsam und viel zu höflich. So einem Kerl muß man klar und deutlich sagen, was los ist. Schreiben Sie zum Beispiel: „Sehr geehrter Herr. In Beantwortung Ihres Geehrten vom soundsovielten teilen wir Ihnen höflichst mit, und so weiter p. p."

Unwahre Geschichte.

Im Orient lebte vor Jahren ein Mann. Er war nicht alt, nicht jung — nicht reich, nicht arm — nicht schön, nicht häßlich — nicht klug, nicht dumm. Dieser Mann hatte nichts Rechtes zu tun, und so beschloß er eines Tages, Dichter zu werden. Er ging deshalb zu einer Fee und sagte: „Höre mal, liebe Fee, ich möchte Dichter werden." „Schön," sagte die Fee, „ich verleihe dir hiermit die Fähigkeit zu schreiben." Und sie gab ihm einen Klaps auf die rechte Hand. Der Mann legte seine Opfergeschenke hin und wandte sich zum Gehen. Aber plötzlich fiel ihm etwas ein, er drehte sich um, kam zurück und sagte: „Sa, liebe Fee, worüber soll ich denn eigentlich schreiben?" „Das ist deine Sache," sagte die Fee. „Aber," nörgelte der Mann, „ich kann doch nicht wissen, was das Publikum lesen will." „Na, zum Beispiel," sagte die Fee. Der Mann setzte sich, um besser nachdenken zu können, und sagte: „Ueber Mode?"

„Dann ärgern sich die Puritaner," sagte die Fee.

„Ueber Mißstände im Telephonverkehr?"

„Dann ärgern sich die Beamten."

„Ueber philosophische Fragen?"

„Dann ärgern sich die Philosophen."

„Ueber Literatur?"

„Dann ärgern sich die Kritiker."

„Ueber Politik?"

„Dann ärgern sich die Frauen."

„Ueber allgemein-wissenschaftliche Stoffe."

„Dann ärgern sich die Professoren."

„Was Lustiges?"

„Dann ärgern sich die Kollegen."

Der Mann brach in Tränen aus und sagte: „Liebe, gute Fee, worüber, in aller Welt, soll ich denn nur schreiben?" „Ueber dich," sagte die Fee. „Aber ich bin ja gar nicht interessant," sagte der Mann. „Das macht nichts," sagte die Fee, „dann ärgern sich wenigstens alle".

Kleiber als Konzertdirigent. Erich Kleiber dirigierte das dritte Sinfoniekonzert der Staatsopernkapelle. Es fing mit der Ouvertüre zur Oper „Vestalin" von Spontini an. Indem er sich alle Mühe gab, durch einen bedeutenden Vortrag nachzuweisen, daß sie bedeutend genug sei, auch heute noch im Rahmen eines großen Sinfoniekonzerts — neben Mozart und Beethoven — zu erscheinen, trug er zu stark auf, verfehlte er den Stil des Werkes, der modernes Pathos, moderne Exaltation nicht verträgt. Mit der Sinfonie in B-Dur von Mozart ((Kochel-Verz. Nr. 319) fand er sich besser ab. Er verfiel nicht in den Fehler jener Dirigenten, die mit dem traditionellen Begriff „Mozartisch" brechen zu müssen glauben und im Uebereifer schwere Akzente geben und Leidenschaftliches aufführen, selbst wo es sich wirklich nur um ein leichtes Spiel der Töne, um Anmut und Heiterkeit handelt. Kleiber hielt auf Präzision, auf ein schönes Klingen, und sein Mangel an Wärme und Sinnlichkeit wurde hier beinahe zur Tugend. Es war ein Mozart ohne Sentimentalität, ohne Affektation; und Wärme und Sinnlichkeit fanden sich gleichsam von selbst ein, stiegen auf aus den Urgründen unvergänglicher Musik. Trat Kleiber hinter Mozart zurück, so stellte er sich mit der ganzen Wucht seiner eigenwilligen Persönlichkeit, die ich an dieser Stelle öfter charakterisiert habe, vor Beethoven. Er erwies sich aufs neue als der geistreiche, zuweilen freilich auch geistreichelnde Interpret, der, verliebt in das Detail, beständig auf der Jagd nach „unerhörten" Nuancen ist, dem sich aber niemals die Nuancen ergeben, die uns als Visionen des wahrhaft genialen, im Nachschaffen schöpferischer Dirigenten ergreifen. Die Grenzen der Kleiberischen Kunst wurden am deutlichsten erkennbar im zweiten Satz der siebenten Sinfonie, dessen Wiedergabe mehr wirdig unausgefüllt war: ohne seelisch bewegten Ausdruck, ohne echte Mystik. Aber auch sonst blieb Kleiber dieser „Apotheose des Tanzes" so allerlei schuldig, mußte er ihr allerlei schuldig bleiben, denn er ist ein Mensch, ein Musiker, der nervös, sprunghaft, ekstatisch sein kann und mit seiner Ekstase dort, wo sie angebracht ist, verblüffende Wirkungen erzielt, dem aber die Bildheit mühsamer Lebensnähe verfaßt ist und verfaßt ist seiner

stand für die Anfassung eines Plebiszits in Elsaß-Lothringen eingetreten und hat an der Spitze eines Komitees von Neutralisten dafür im Auslande Propaganda gemacht. Vor den Verfolgungen der französischen Behörden war er nach Deutschland geflüchtet, hat sich dann aber später den französischen Gerichten freiwillig gestellt. Das Urteil steht in frischem Gegensatz zu der Begeisterung, mit der man in Frankreich die Führer der rheinischen Bandenbewegung feiert, über deren wahren Charakter man wohl nirgends besser Bescheid weiß als in Paris.

Politische Tagesnachrichten.

Pack schlägt sich.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf hat der Separatist Matthes in einem Schreiben an den französischen Oberkommissar in der Rhein-Landkommission, Tirard, gegen die Bildung des „Rabineits Porten" Einspruch erhoben. „Die Regierung des Dr. Porten," heißt es in dem Brief, „wird von uns nicht anerkannt und jeder Versuch, die Regierung auszuüben, würde von uns mit allen Mitteln bekämpft werden."

Rumänisch-bulgarische Heiratspläne.

In Belgrader politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß eine Zusammenkunft zwischen König Alexander und König Boris in Paris nicht ausgeschlossen sei. Man weiß bereits die Königin von Rumänien, der man Heiratsprojekte für ihre Tochter Jleana mit dem bulgarischen König nachsagt.

Coolidges Botschaft.

Gillet ist zum Vorsitzenden des Repräsentantenhauses wiedergewählt worden. Die Botschaft des Präsidenten Coolidge wird heute, 6. Dezember, verlesen werden.

Tschechische Luftrüstungen.

Der Minister für nationale Verteidigung Udrzal erklärte, daß es dem tschechoslowakischen Flugwesen leicht fallen würde, ebenso wie es kürzlich in Italien geschehen sei, 300 Flugzeuge vorzuführen; aber es bestehe sogar die Möglichkeit, auch 3000 aufzubringen.

Der Selbstmord des junghen Daudet.

Die Untersuchung über die Todesursache des 18jährigen Philippe Daudet hat, nachdem der Vater gegen Lenkland den Antrag auf Untersuchung wegen Ermordung gestellt hatte, zur Ausgrabung der Leiche geführt. Die Gerichtsärzte sollen noch Heute festgestellt haben, daß der Annahme eines Selbstmordes nichts entgegensteht.

Enthüllungen der „Humanité".

Die kommunistische „Humanité" veröffentlicht Enthüllungen aus dem Leben des russischen ehemaligen Finanzministers Raffalowitsch. Eine politische Persönlichkeit, die im Vordergrund des französischen Parlamentslebens steht und in der französischen Presse eine führende Rolle gespielt hat, wird mit einem Briefe vom 5. 6. 1908 als ein „Verbrecher" bezeichnet. Es handelt sich um den Berichterstatter des Senatsausschusses für finanzielle Angelegenheiten, Henri Béranger, von dem die „Humanité" schreibt, daß er nach Polen und Rumänien eine Reise unternommen habe, von der er jetzt zurückgekommen sei und die den französischen Steuerzahlern viel Geld kosten werde. Er habe nämlich dem Steuerausschuß vorgeschlagen, diesen beiden Ländern viele Millionen zu leihen. Obwohl Berteaux Ihnen nicht noch nach Veröffentlichung des Briefes von Raffalowitsch dem Senator Béranger, Offizier der Ehrenlegion, entgegenbringen?

Groß-Reinemachen für die Wähler.

Die Deutschnationalen beantragen im Preußischen Landtag: „Für den Fall, daß in den nächsten Monaten Reichstagsneuwahlen stattfinden, hat an dem gleichen Tage die Neuwahl des Landtags und der Gemeindevertretungen der preußischen Stadt- und Landgemeinden sowie der Kreis- und Provinzialvertretungen stattzufinden."

Natürlich auch der Humor, der durch Mißt nicht erschöpfen, auf den es nun gerade bei der Interpretation der siebenten Sinfonie so wesentlich ankommt. Es war also eine mit Akzenten überladene, etwas willkürlich aufgeputzte, immerhin in gewissem Sinne interessante Aufführung; und es war ein Abend, der die Leistungsfähigkeit der keinem neuen Meister willig hingegebenen Kapelle wieder einmal in ein helles Licht rückte. M. M.

Erich Marcks über „Napoleon und Alexander". Sonnabend, den 8. Dezember findet um 7½ Uhr abends der dritte öffentliche Vortrag in diesem Wintersemester im Festsaal der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Unter den Linden 38 statt. Prof. Erich Marcks spricht über das Thema „Napoleon I. und Alexander von Rußland". Der Ertrag ist zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke bestimmt.

„Die Zauberflöte" mit Schinkels Dekorationen. Das Deutsche Opernhaus wird Mozarts „Zauberflöte" unter musikalischer Leitung des Generalmusikdirektors Leo Blech in seinen Spielplan aufnehmen. Die Frage der Inszenierung wurde in dem Sinne gelöst, daß man den Bühnenbildern die dem heutigen Theaterpublikum kaum bekannten Dekorationsentwürfe von Gottfried Schinkel zugrunde legte, die vor Jahrzehnten am Berliner Königlichen Opernhause benutzt worden sind. Die technischen Einrichtungen des Deutschen Opernhauses machen es möglich, daß die Oper — zum ersten Male in Berlin — ohne Verwandlungspausen gespielt wird.

Russische Hilfe für die deutsche Wissenschaft. Der russische Volkskommissar für Volksaufklärung und Unterricht, Lunatscharski, ist heute in Berlin eingetroffen. Sein Aufenthalt hat keinen politischen Anlaß. Lunatscharski beabsichtigt vielmehr Fühlungnahme mit deutschen Gelehrten zwecks Durchführung der vom russischen Gelehrtenrat kürzlich beschlossenen Hilfsaktionen Rußlands für die deutsche Wissenschaft und für die einzelnen deutschen Gelehrten, für die u. a. Gelegenheit zur Veröffentlichung von Vorlesungen und Kursen an russischen Hochschulen im weiten Umfange geboten werden soll.

Eine Berliner Schule der Weisheit. Durch ein Versehen ist in unserer letzten Notiz mit dieser Ueberschrift der Name des Briefschreibers fortgeblieben. Gegen den badnischen Spaß, der ihm die Gründung einer Berliner Keyserling-Konkurrenz zuschreibt, verwahrte sich Dr. Anselm Ruest.

Kunstnachrichten. Die Galerie Ferdinand Möller zeigt im Dezember eine umfangreiche Schau des graphischen Werkes von H. M. Pechstein. Außerdem sind zum ersten Male Plastiken von Rom Landau (Berlin) ausgestellt.

Die Kleine Galerie (Neue Wilhelmstraße 9-11) eröffnet eine Ausstellung von Gemälden und Aquarellen von Eugen Spitz, Erzeugnisse einer Studienreise nach Italien.

Musik. Gertrud Bindernagel veranstaltet am 11. Dezember in der Philharmonie einen Arien-Abend mit dem Philharmonischen Orchester. Dirigent: Hugo Rüdel. An diesem Abend die „Tannhäuser"-, „Karnevals"- und „Samson"-Ouvertüre dirigiert.

Der Dirigent und Komponist Hermann Hans Wetzler gibt am 8. Dezember in der Singakademie sein 1. Konzert mit dem Philharmonischen Orchester. Es gelangt u. a. die Ouvertüre zu „Wie es Euch gefällt" zur Aufführung, die seinerzeit unter Nikisch Leitung ihre Berliner Erstaufführung erlangte.

Der Ueberfall auf Grover Bergdoll.

Verhandlung in Moosbach.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Moosbach**, 6. Dezember.

Vor der hiesigen Strafkammer begann heute vormittag das gerichtliche Nachspiel des zweiten abenteuerlichen Ueberfalles auf den Deutsch-Amerikaner Grover Bergdoll, der am 10. August dieses Jahres in dem benachbarten Eberbach erfolgte und damals sensationelles Aufsehen erregt hat. Bergdoll, ein reicher Brauerssohn aus Chicago, der sich dem Kampfe gegen seine deutschen Stammesbrüder durch Flucht entzogen hat und dann sehr hartnäckig von der sogenannten „American Legion", einer chauvinistischen Organisation ehemaliger Frontsoldaten, verfolgt wird, wurde in Eberbach in seinem Zimmer im Hotel Krone von zwei Männern, dem Ingenieur Karl Schmidt aus Lausanne und dem Privatdetektiv Roger Sperber aus Paris, des Abends überfallen und gewürgt. Bergdoll, der über ungeheure Körperkräfte und Gewandtheit verfügt, gelang es, sich der Angreifer zu erwehren. Aus seinem Revolver gab er in der dunklen Stube Streufeuer, durch das Schmidt getötet und Sperber erheblich verletzt wurde. Er ist jedoch inzwischen wiederhergestellt worden und hat sich heute mit drei anderen Angeklagten wegen des Ueberfalles zu verantworten. Der russische Fürst Orzor Gagarin, der schon einige Zeit im Hotel Krone wohnte, ist der Mittäterschaft an dem Komplott angeklagt. Ebenfalls angeklagt ist der amerikanische Oberleutnant Hoover Griffith und dessen Chauffeur Victor Nelson, die im Auto vor der Stadt gefaßt wurden in dem Augenblick, als sie zum Tatort fahren wollten in der Annahme, daß der Ueberfall gelungen sei.

Der Verhandlungssaal beginnt sich bereits um 8 Uhr zu füllen. Ein starkes Gendarmeriaufgebot sorgt für die Sicherheit im Gerichtsgebäude. Die vier Angeklagten sind durchweg jüngere Leute in den zwanziger Jahren. Der in Eberbach zum zweiten Male überfallene Bergdoll hat sich von den bei dem Ueberfall erlittenen Verletzungen erholt und befindet sich unter den Zeugen.

Die Anklage nimmt an, daß alle Angeklagten die Absicht verfolgt haben, den von der amerikanischen Behörde wegen Desertion gesuchten und unter Aussetzung einer hohen Belohnung zur Verhaftung ausgeschriebenen Deutsch-Amerikaner Bergdoll in das besetzte Gebiet und von nach Amerika zu bringen. Griffith, der in der Anklageschrift als Journalist bezeichnet wird, hat sich unbefugt eine Amtshandlung angemaßt und durch Geschenke und Versprechungen Schmidt und Sperber zur Beihilfe verantaßt. Ferner wird er der versuchten Nötigung und erschwerten Körperverletzung beschuldigt. Den Fürsten Gagarin und den Chauffeur Nelson hat Griffith gleichfalls zur Mitwirkung bei dem Ueberfall veranlaßt.

Als erster Angeklagter wird Griffith vernommen. Er hat auf der Universität studiert und ist nach Kriegsende Journalist geworden. Im Kriege war er zum Offizier avanciert. Aus Amerika, wohin er sich nach Kriegsende wieder begab, kam er im Mai 1923 im Auftrage der American Legion ehrenamtlich nach Europa zurück und zwar nach Frankreich zwecks Uebernahme eines amerikanischen Militärfriedhofes. Finanziell sei er unabhängig gewesen. Er brachte 3000 Dollar mit und gedachte, sich in Europa seinen Unterhalt als Journalist zu verdienen. Er befaß einen Paß für Belgien, Deutschland und Frankreich und die britischen Inseln. Bei der von ihm in Frankreich ausgeübten Gräberfürsorge war er einem Major unterstellt, doch behauptet er, sein Dienst wäre ein freiwilliger gewesen. Er bestreitet, der Militärpolizei angehört zu haben. Den zur Anklage stehenden Vorfall schildert er etwa wie folgt: In Amerika habe jedermann die Affäre Bergdoll gekannt. Er habe sie auch in den Zeitungen gelesen. Die Idee, Bergdoll zu entführen, sei ihm gekommen aus dem Pflichtgefühl gegenüber den Kameraden in den Gräbern. Bergdoll habe in der Zeit der Not sein Vaterland verraten, obwohl er in Amerika geboren und wie seine Eltern amerikanischer Staatsbürger gewesen sei. Ein anderer Mann habe für Bergdoll in den Krieg ziehen müssen und sei gefallen. Jeder Mann habe in Amerika eine Nummer und derjenige, der Bergdolls Nummer bekommen habe, sei gefallen. Zwar seien auch andere ihrer Dienstpflicht nicht nachgekommen. Es sei aber besonders gravierend, daß Bergdoll mit Hilfe seines Reichtums durch Bestechung die Flucht unternahm.

Einige Offiziere seien wegen Bestechung durch Bergdoll angeklagt worden, ob auch verurteilt, wisse er nicht. Ein bis dahin armer Hauptmann habe plötzlich mehrere tausend Dollar auf einer Bank niedergelegt. Bergdoll hätte sein Ehrenwort gegeben, daß er an einer bestimmten Stelle Geld vergraben habe, das er holen wolle, vorher sei er aber geflüchtet. Zusammenfassend fragt der Vorsitzende, ob also die Persönlichkeit des Bergdoll, ferner daß er sein Ehrenwort gebrochen und scharf im Verdacht der Bestechung stehe, die Griffith zu der Verfolgung Bergdolls durch Griffith bildeten. Griffith bejaht. Bergdoll habe bei seiner Flucht sieben Städte der Vereinigten Staaten berührt und man sei seiner nicht habhaft geworden, sondern er habe von diesen Städten aus an die amerikanischen Behörden Postkarten geschrieben, in denen er sich lustig gemacht habe darüber, daß man ihn nicht fangen könne. Griffith bemerkt noch, daß Bergdolls Verhalten gegenüber Amerika dort nie vergessen werde. Die deutschen Soldaten, gegen die er im Kriege gefochten habe, ehre er jetzt, aber für Bergdoll habe er nur Verachtung übrig.

Reichliche Anfuhr, niedrige Preise.

Die Tische der Wild- und Geflügelhändler in der Zentralmarkthalle brechen fast unter dem Gewicht der Hasen, Kaninchen, des Wildbrets und der gemästeten Gänse und Enten. Die Anfuhr ist über Bedarf reichlich, so daß sich die Händler unterbieten, um ihre Ware loszuwerden. Infolgedessen ist ein Preisabbau um zwei Drittel eingetreten, z. B. kostet heute Rehwild das Pfund 35 bis 40 Pfennig gegen 1,40 Mark in der vergangenen Woche. Hasen bezahlt man mit 5—6 Mark das Stück, und magere Gänse ebenfalls, Enten werden mit 1 und 1,50 Mark das Pfund angeboten. Das Gefühl, zuverlässiges Geld zu haben, beherrscht überhaupt den gesamten Lebensmittelmarkt; die Hamsterläger öffnen sich, und die Waren strömen reichlicher als je zuvor auf den Markt. Da das Angebot wieder bereits größer ist als die Nachfrage, und da die Einkaufsbedingungen wieder für die Kalkulation ausschlaggebend sind, werden die Preise sich Richtpreise automatisch ihres bisherigen Charakters als Höchstpreise entkleidet. Die freie Konkurrenz ist wieder im Gange, und die Ueberschreitung der Richtpreise gilt als unbedingter Wucher. Im Gegenteil, die Preise notieren häufig unter den Richtpreisen. Das gilt vor allem für den Fleischhandel, wo sich heute zwar wieder eine Verbilligung, aber keine allgemein gültige Preisnorm feststellen läßt. Jedenfalls bewegen sich die Preise für Schweinefleisch in den verschiedenen Sorten bereits unter 1,50 Mark, Rückenfett sah man für 2 Mark. Endlich haben sich auch die Fettpreise dem Preisabbau angeschlossen. Man spreche in der Fett-Schmalz im Kleinhandel mit 1,15 Mark notiert, Margarine zwischen 68 und 80 Pfennig, und Butter bis zu 2,50 Mark. Fische sind wieder um ein Geringes billiger geworden, auch die Obstpreise haben nachgelassen.

10 Tote, 32 Verletzte. Bei den blutigen Unruhen, die sich gestern in Wanne ereignet haben, sind, wie uns gedrahtet wird, nach neuesten Feststellungen zehn Zivilpersonen getötet und 32 verletzt worden, darunter waren zwei völlig Unbeteiligte. Weiter wurden fünf Polizeibeamte durch die Ruhestörer verwundet. In Elberfeld sammelten sich gestern an der Grenze der Stadt etwa 4000 bis 5000 Erwerbslose, um in geschlossenen Zuge in die Stadt zu ziehen und zu plündern. Die Polizei, welche die Zugänge zur Stadt daraufhin absperrte, wurde beschossen. Sie machte darauf gleichfalls von der Waffe Gebrauch, wobei zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Später kam es an anderen Stellen der Stadt erneut zu Schießereien. Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten konnte noch nicht festgestellt werden, da die Erwerbslosen ihre Verwundeten fortschafften.

Siebzig Chemikalienschieber festgenommen. Den Hamburger Behörden ist die Aufdeckung einer großen Schiebung mit Chemikalien gelungen. Es war bereits seit langem bekannt, daß mit diesen Artikeln unerlaubte Auslandsgeschäfte gemacht wurden. Durch Zufall gelang es jetzt, die großzügig ausgebaute Organisation der Schieber aufzudecken. Vor kurzem war nämlich durch Verhaftung eines der Hauptäter der Staatsanwaltschaft umfangreiches Material in die Hände gefallen. Zwanzig bis fünfundzwanzig große, teils recht angesehene Firmen konnten der Teilnahme an den Schiebungen überführt werden. Insgesamt wurden ungefähr 70 Personen, darunter Firmeninhaber, Prokuristen und Angestellte, verhaftet. Die Mehrzahl der Verhafteten ist geständig. Der Wert der verschobenen Güter soll in Goldmark viele Millionen betragen. Die Zahl ausmachen. Für eine Beteiligung von Zoll- und anderen Beamten bestehen keine Anhaltspunkte. Die Hauptdelikte kommt hier einer Reihe beteiligter Firmen bereits die Handelsverbindungen entzogen. Weiter wird sich das Ehrengericht der Börse in den nächsten Tagen mit der Sache befassen.

Neuer Rekordversuch auf der Avus. Heute früh 20 Minuten vor 9 Uhr hat auf der Avus ein neuer Rekordversuch begonnen. Zwei Eichler-Räder, die mit den neuen von Ingenieur Ruppe, dem Konstrukteur des Bekamo-Motors entworfenen und von der Eichler-Motorrad-Werk-A.-G. selbst fabrizierten Motoren ausgestattet sind, unterziehen sich zur Erprobung des Motors (55 mm Bohrung, 66 mm Hub, 0,9 Steuer-PS, 3,7 Effektive PS, Zweitakt) einer Prüfungsfahrt. Die Fahrt soll so lange wie möglich fortgesetzt werden, eventuell später mit Abänderung der Fahrer. Für heute haben die Führung der Maschinen Direktor Ernst Eichler und Günther Plüschow, der bekannte Flieger von Ostingen, übernommen. Auch die Fahrer beabsichtigen, die Fahrt vorläufig ohne Ablösung soweit wie möglich durchzuführen. Das Wetter ist für die Fahrt günstig. Die sahle Winterfonne und fast völlige Windstille erleichtern den Fahrern die Aufgabe, deren Schwierigkeit aber durch den Zustand der Fahrbahn sehr vergrößert wird. Die Schneedecke ist auf der Straße festgefahren und überfroren, so daß die Motorräder nur mit Vorsicht fahren können. Trotzdem erreichten beide Maschinen auf der ersten Runde eine Stundengeschwindigkeit von 42,5 Km.

Die Beamtengehälter.

Einst und jetzt.

Aus Beamtenkreisen geht uns folgende Aufstellung über die tatsächlichen Vorkriegsgehälter zu, die wir noch einmal parallel zu den jetzt von der Regierung vorgeschlagenen und den von den Beamtenorganisationen geforderten neuen Jahresgehältern in Goldmark wiedergeben:

Beamtengruppe	Vorkriegsgehälter	Jetzige Goldmarkgehälter Vorschlag der Regierung	Forderung der Beamten
I	1100—1300	570—762	996—1332
II	1100—1600	630—840	1104—1464
III	1100—1700	696—930	1200—1596
IV	1100—2000	801—1074	1344—1788
V	1200—2400	1045—1254	1524—2028
VI	1400—4000	1122—1194	1716—2292
VII	1800—4200	1386—1860	1966—2616
VIII	1800—5000	1620—2160	2244—3000
IX	2100—5500	1890—2520	2630—3432
X	3000—7200	2250—3000	2924—3960
XI	4200—7800	2610—3480	3432—4572
XII	7000—9200	3060—4080	4008—5340
XIII	8000—12000	3750—4950	4800—6396

Als Ortszuschlag werden von den Beamten jährlich 108 bis 552, als Frauenzulage 156, als Kinderzulage 240 bis 300 Goldmark gefordert.

Aufhebung der Schlußfelzahl im Buchhandel. Der Vorstand des Wissenvereins der Deutschen Buchhändler und des Deutschen Verlegervereins gibt bekannt, daß für den Buchhandel die Fortführung einer besonderen Schlußfelzahl-Rechnung zum Ausgleich der Geldentwertung entbehrlich geworden ist, weil die gesamte Wirtschaft sich auf Goldrechnung umgestellt hat. Der für ein Buch zu entrichtende Betrag ist aus dem Goldmarkpreis (Grundzahl) wie im übrigen Handel ohne weiteres an Hand des letzten amtlichen Berliner Mittelkurses des Dollars (1 Goldmark = 10/42. Dollar) zu ermitteln.

Wetteraussichten für Berlin und Umgegend: Etwas kälter, trocken, aber nur zeitweise aufkleard bei schwacher Luftbewegung.

In West- und Mitteldeutschland etwas kälter und trocken. Im Osten noch verbreitete Regen- und Schneefälle.

Nach Redaktionsschluß.

(Nachrichten, wiederholt aus einem Teil der Morgenausgabe.)

In der gestrigen Reichstagssitzung wurde die Debatte über die Regierungserklärung, die mit der ersten und zweiten Lesung des Ermächtigungsgesetzes verbunden war, zum Abschluß gebracht. Das Gesetz wurde in der zweiten Lesung mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

✱

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, 3. Dezember, auf das 1515milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche ist eine Abnahme von 1,3 v. H. zu verzeichnen.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 577 — Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. — Donnerstag, 6. Dezember 1923, abends

Dollar 4,2 Billionen.

1 Dollar Schatzanweisungen . . . . . = gestrichen Geld.
1 Dollar Goldanleihe (4,20 Goldmark) = 4,2 Billionen Papierm.
1 Gold- oder Rentenmark . . . . . = 1 Billion Papiermark.

Die Markbewegung im Auslande zeigte heute vormittag zeitweilig recht bemerkenswerte Schwankungen nach beiden Seiten, die besonders an der Amsterdamer Börse in Erscheinung traten. Die Devisenkurse im besetzten Gebiet schlossen sich im allgemeinen der Bewegung an. Die letzten vorliegenden Meldungen lassen jedoch wieder eine ziemliche Uebereinstimmung der Paritäten an den verschiedenen Plätzen erkennen. Aus Amsterdam liegt zurletzt ein Kurs von 55 Cts. pro Billion vor, der einem Kurs von 21 Billionen für London entspricht. Etwa der gleiche Kurs liegt auch aus London und ebenso auch aus dem besetzten Gebiete vor.

Kabel New York wurde wieder auf 4,2 Billionen, London auf 18,4 Billionen festgesetzt.

Auch heute wurden die Hauptvaluten London, Holland und Kabel New York, ferner auch Belgien mit 3 pCt. berücksichtigt. Auf Paris wurden 2 pCt., Italien, Kopenhagen 5 pCt. und Christiania und Stockholm 10 pCt. zugeteilt.

Am Notenmarkt sind kaum bemerkenswerte Veränderungen eingetreten. Auch hier wurden auf die Hauptvaluten 3 pCt. zugeteilt. Ferner ist noch zu erwähnen, daß französische Franken mit 1 pCt., Schweizer mit 5 pCt. repartiert wurden.

Die weitere Zuteilung gestaltete sich wie folgt: Schweiz und Wien 3 pCt., Buenos Aires, Spanien, Jugoslawien, Japan 10 pCt., Sofia, Helsingfors 20 pCt., Rio de Janeiro 60 pCt., Lissabon und Budapest wurden voll berücksichtigt.

Am internationalen Valutenmarkt liegt London wieder fester gegenüber New York, auch gegenüber Paris. London gegen Paris 80½—80%.

Berliner amtliche Devisenkurse.

in Millionen Mark.

Telegr. Auszahlungen	Bank-Diskont	5. 12. Geld	5. 12. Brief	5. 12. Geld	5. 12. Brief
Reichsbank-Diskont 30%.					
Holland . . . . . 1 Gulden		1595000	1604000	1595000	1604000
Belgien . . . . . 1 Frank	5½	195510	196490	195510	196490
Christiania . . . 1 Krone	6	626425	631575	626425	631575
Kopenhagen . . . 1 Krone	6	750120	753880	752115	755885
Schweden . . . . 1 Krone	5½	1110124	1116760	1107725	1113775
Helsingfors . . . 1 finn. M.	10	103940	104460	103750	104250
Italien . . . . . 1 Lira	5½	181545	182455	181545	182455
London . . . . . 1 Pfd. Strl.		18345000	18505000	18315000	18465000
New York . . . . 1 Dollar	4½	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris . . . . . 1 Frank	5	227430	228570	225435	226565
Schweiz . . . . . 1 Frank	4	732165	735835	731165	737840
Spanien . . . . . 1 Peseta	5	546530	549370	546530	549370
Deutsch.-Oest. abg.	1 Krone	9	59,550	60,150	58,852	59,148
Prag . . . . . 1 Krone	5½	123690	124310	123690	124310
Budapest . . . . 1 Krone	18	219,450	220,550	219,450	220,550
Buenos Aires . . 1 Papier-Peso		1316740	1323260	1316740	1323260
Bulgarien . . . . 1 Leva	6½	32918	32682	32918	32682
Japan . . . . . 1 Yen	—	1995000	2005000	2014915	2015085
Rio de Janeiro . . 1 Milreis	—	395010	396990	395050	396950
Jugoslawien . . . 1 Dinar	—	47291	47519	47281	47519
Portugal . . . . 1 Escudo	—	154612	155388	155010	156390

*

Am Markt der Dollarschatzanweisungen hat sich das Bild wieder vollständig geändert. Heute lagen so sehr erheblichem Umfange wieder Kaufaufträge vor, denen Angebot so gut wie gar nicht gegenüberstand. Während gestern noch eine Kursnotierung von 4,4 Billionen bei einer Zuteilung von ca. 8 pCt. erfolgen konnte, kam heute aus dem bereits erwähnten Materialmangel eine Notierung nicht zustande und der Kurs wurde wieder, wie bis vor kurzem fast stets, gestrichen Geld.

Am Markt der Goldanleihe lag zwar auch heute verhältnismäßig umfangreiches Angebot vor, jedoch keineswegs in der gleichen Höhe wie gestern. Andererseits machte sich wieder eine stärkere Nachfrage geltend, so daß bei einem Kurs von 4,2 Billionen die volle Zuteilung nicht aufrechterhalten werden konnte und die Orders mit 50 pCt. repartiert werden mußten.

*

Die Mark im Ausland.

Während erfreulicherweise an den deutschen Börsenplätzen die Stabilität der Devisenkurse auf der Basis eines Dollarstandes von 4,2 Billionen anhält, haben sich in der letzten Woche an den ausländischen Börsenplätzen lebhafte Schwankungen ergeben. Bis vorgestern hat, wie wir berichteten, die Aufwärtsbewegung des Markkurses an sämtlichen ausländischen Börsenplätzen angehalten. Seitdem ist wieder ein leichter Umschwung zu Ungunsten der Mark eingetreten. Aus New York wird gestern ein Schlußkurs von 23 Cts. pro Billion gemeldet, was einer Parität von 4,35 Billionen für den Dollar entspricht. Vor wenigen Wochen war der Markkurs vorübergehend bis auf die Hälfte dieses Wertes zurückgegangen.

Ganz eindeutig lassen sich die Gründe dieser Bewegung nicht erkennen. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß für die Besserung der Mark vor allem eine starke Verknappung an effektiven Zahlungsmitteln ausschlaggebend gewesen ist, wie wir sie ja bis zu einem gewissen Grade auch im Inlande gehabt haben und die sich aus der Umstellung der deutschen Wirtschaft von der Papiermark auf die Rentenmark ergibt. Diese Materialknappheit ist um so wahrscheinlicher, als sich auch zur Zeit des größten Tiefstandes für die deutsche Mark ganz deutlich gezeigt hatte, daß die Kurse damals rein nominellen Art waren. Bei jedem Versuch, sich mit effektiver Papiermark einzudecken, mußten im Auslande weit höhere Kurse bezahlt werden, die jedoch offiziell nicht genannt wurden. Dieser Mangel an Zahlungsmitteln wurde auch dadurch bestätigt, daß das Ausland an den letzten Börsen in sehr großem Umfange als Abgeber für deutsche Effekten aufgetreten ist. Diese Verkäufe müssen in erster Linie mit der Notwendigkeit begründet, sich Mark zu beschaffen.

Die Korrektur, die gestern und heute eingetreten ist, kann uns durchaus erwünscht sein, weil die Spanne zwischen dem Inlands- und Auslandswert der Mark dadurch auf ein Minimum reduziert wordet ist. Es wäre besonders begrüßenswert, wenn es gelänge, diese augenblickliche Relation aufrecht zu erhalten. Es muß betont werden, daß es eine genau so große Gefahr wie die bisherige Markverschlechterung bedeuten würde, wenn wir zu einer Bewertung der Papiermark im Ausland kommen würden, die weit über der Parität eines Dollars von 4,2 Billionen liegt. Dieser Zustand bestand bekanntlich einen Tag. Das Gefährliche für die deutsche Wirtschaft würde darin liegen, daß wir auf allen den Gebieten, die sich noch immer nur von den Auslandskursen für die Mark abhängig fühlen, weit stärkere Schwankungen bekommen würden, als sie augenblicklich bestehen. Wenn die Höherbewertung der Mark im Auslande länger anhalten würde, so ergäbe sich — soweit nicht die Reichsbank in der Lage ist, einen Ausgleich herbeizuführen — der Zustand, daß die Reichsbank bei jedem Dollar, den sie abnimmt, ein Geschenk macht in Höhe der Differenz zwischen dem niedrigeren Auslandskurs und dem höheren Inlandskurs. Aber abgesehen davon, haben wir ja seit Jahren den Grundsatz erkannt, daß die Wirtschaft nichts so nötig hat wie stabile Devisenkurse. In letzten Tagen hat sich deutlich gezeigt, daß durch die anhaltende gleichmäßige Bewertung aller deutschen Zahlungsmittel die Kaufneigung zunimmt, so daß eine leichte Konjunkturbelebung spürbar ist. Schließlich spricht noch das Interesse der Reichsfinanzen dafür, einer erneuten stärkeren Höherbewertung der Mark, die durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, entgegenzutreten.

73,7 Trillionen neue Noten.

Letzter Ausweis vor Stillegung der Notenpresse.

Der Ausweis der Reichsbank vom 15. November zeigt im Zusammenhang mit der rasch fortgeschrittenen Geldentwertung eine neue Vervielfachung der von der Bank zu befriedigenden Ansprüche. Die Bestände an diskontierten Reichsschatzanweisungen stiegen noch einmal um 165,7 auf 189,8 Trillionen M., wobei bemerkt sei, daß mit dem 15. d. M. die Diskontierung weiterer Schatzanweisungsbeträge an das Reich zum Stillstand gekommen ist. Die Wechselbestände haben sich in der zweiten Novemberwoche um 31,5 auf 39,5, die Lombardforderungen um 0,3 auf 0,5 Trillionen M. Insgesamt wuchs die einströmende Kapitalanlage um 195,5 auf 229,9 Trillionen M. Von den neu beanspruchten Kreditbeträgen blieb diesmal der Bank der größere Teil bei den fremden Geldern belasen. Diese erfuhren eine Zunahme um 112,7 auf 129,6 Trillionen M. Der Banknotenumlauf stieg gleichzeitig um 73,7 auf 92,8 Trillionen M. Bei den Darlehnskassen des Reiches ist ein Rückgang der Ausleihungen um 0,2 auf 2 Trillionen M. zu verzeichnen. Demgemäß verminderte sich der Bestand der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen um den gleichen Betrag.

Aktiva (in 1000 Mark)	1923	1922	1921
Metallbestand	5 570 212	1 066 855	1 009 230
davon in Gold	467 073	1 004 848	993 710
u. zwar Gold-Kassenbestände	455 713	954 816	—
Goldreserve (unbelast.)	11 312	50 032	—
b. aus Zentralnoten.	1 996 264 991 100 975	51 113 171	5 233 273
Kassenscheine	1 868 247 494 131	8 837	6 947
Noten andrer Banken .	29 529 517 253 768 416	174 883 736	1 123 994
Wechsel und Schecks .	189 801 466 167 415 207	178 839 567	103 775 700
Disk. Reichs-Schatzanw.	535 714 636 536 435	15 554 770	52 635
Lombardforderungen . .	9 147 405 455 777	441 046	281 662
Effekten	18 792 430 714 433 143	6 252 207	6 605 774
Sonstige Aktiva . . .			
Passiva (in 1000 Mark)			
Notenumlauf	92 844 720 743 030 813	582 105 055	95 186 123
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten:			
a) Reichs- u. Staatsguth.	72 457 230 512 738 239	41 803 256	6 268 274
b) Privatguthaben . .	57 195 365 964 039 616	170 406 079	14 660 845
Sonstige Passiva . . .	28 268 987 366 764 622	33 640 535	1 862 380

In Vergleich der vorherchenden Ausweis haben in der zweiten Novemberwoche zu (+) oder abgenommen (—):

(in 1000 Mark)		1923		1922		1921
Metallbestand	—	935 072	—	5 437	+	340
davon Gold		unverändert	—	4	+	71
u. zwar Gold-Kassenbestände		unverändert	—	4		
Goldreserve (unbelast.)		unverändert		unverändert		
b. aus Zentralnoten.						
Kassenscheine	—	208 438 998 142 640	+	1 990 497	+	673 045
Noten andrer Banken .	—	1 833 783 285 030	+	2 402	+	2 917
Wechsel und Schecks .	+	31 472 388 960 247	+	49 008 647	+	508 787
Disk. Reichs-Schatzanw.	+	165 702 744 074 371 967	+	67 444 067	+	8 386 097
Lombardforderungen . .	+	345 706 010 488 329	+	11 443 528	+	1 876
Effekten	+	1 712 750 929 000	—	4 138	+	12 839
Sonstige Aktiva	+	13 807 651 453 199 367	+	814 282	+	42 497
Notenumlauf	+	73 691 633 274 123 851	+	65 068 856	+	2 576 128
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten						
a) Reichs- u. Staatsguth.	+	62 744 116 833 170 326	+	6 366 795	+	3 069 825
b) Privatguthaben . .	+	49 972 977 030 472 831	+	55 193 454	+	3 935 225
Sonstige Passiva . . .	+	22 709 783 778 689 450	+	2 439 171	+	77 141
Gesamtstatus	—	73 898 233 489 016 533	—	63 081 394	—	1 900 526
Bankdiskont		90 pCt.		10 pCt.		5 pCt.
Lombardzinsfuß für wertbeständige Darlehen		10 pCt.		—		—
do. für Papierm.-Darl. .		108 pCt.		9 pCt.		6 pCt.

Zu diesem Ausweis der Reichsbank ist zu bemerken, daß es der letzte vor Stillegung der Notenpresse ist. Der nächste Ausweis wird bereits die außerordentlich starke Entlastung des Instituts bringen, da inzwischen die Ausgabe der Rentenmark begonnen hat, die eine Aufsaugung der Papiermarkflut im Gefolge haben wird.

Berliner Produktenverkehr.

Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war heute wieder sehr ruhig. Das Angebot ist weiter zurückhaltend, jedoch zeigte sich auch heute Handel keine größere Unternehmungslust, so daß die Umsatztätigkeit nur gering war. Die Preise sind kaum verändert.

Frühmarkt: Hafer 17,50, Gerste 22,00, Roggenkleie 6,20 bis 6,50 Mark.

Rauhfutter: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,70 bis 0,90, do. Haferstroh 0,60—0,80, do. Gerstenstroh 0,60—0,80, Roggenlangstroh —, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,50—0,60, loses Krummstroh —, Häcksel 1,85, handelsübl. Heu 1,10—1,20, gutes

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 6. Dezember.
Preise in Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches.
Getreide und Oelfrüchte je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 kg.

Produkte	berl. Notiz	heute	Vortag	Produkte	berl. Notiz	heute	Vortag
Weizen, märk.	177—182	180—183	—	Vikt.-Erbs.	48,00—58,00	48,00—58,00	—
- pomm.	—	—	—	Kl. Speise-	33,00—36,00	33,00—36,00	—
- schles.	—	—	—	Futtererbs.	—	—	—
Roggen, märk.	157—161,5	159—160	—	Peluschken	17,00—19,00	17,00—19,00	—
- pomm.	—	—	—	Ackerbohn.	—	—	—
- schles.	—	161—163	—	Wicken	—	—	—
- westpr.	—	159	—	Leinsamen	—	—	—
Gerste, Sommer-	164—166	166—167	—	do. gelbe	—	—	—
- schles.	—	—	—	Trockenschn.	20,00—23,00	20,00—23,00	—
Hafer, märk.	146—150	146—148	—	Rapskuchen	13,00	13,00	—
- pomm.	145—149	143—146	—	Leinkuchen	—	—	—
Mais loko Berlin	—	—	—	Trocken-			
waggonfr. Hamb.	—	—	—	schnitzel	6,9—7,00	—	—
Weizenmehl	26,5—32,5	29,00—33,50	—	Vollw. Zuck.	—	—	—
Roggenmehl	27,00—30,5	27,00—30,50	—	Schnitzel	—	—	—
Weizenkleie	7,00—7,20	7,50—7,70	—	Kartoffel-			
Roggenkleie	7	—	—	flocken	19,00	—	—
Raps	330	335	—	Torfmoulasse	—	—	—
Leinsaat	—	—	—	Mischg. 50/20	—	—	—

Tendenz: Weizen, Raps und Kleie ruhig. Hafer etwas fester, Roggen, Gerste, Weizen- und Roggenmehl behauptet.

Ausländische Devisennotierungen.

*** Paris,** 5. Dezember.

	5. 12.	4. 12.
Deutschland	—	—
Bukarest	9,70	9,00
Prag	34,55	34,80
Wien	—	26,50

	5. 12.	4. 12.
Holland	11,500	11,450
New York	4,38,00	4,33,62
Belgien	33,613	33,513
Italien	100,42	100,67

	5. 12.	4. 12.
Amerika	18,58	18,79
Belgien	86,20	86,20
England	81,145	81,47
Holland	706,75	702,00

	5. 12.	4. 12.
Italien	80,70	81,00
Schweiz	324,00	327,00
Spanien	242,50	245,00
Stockholm	489,00	493,50

*** London,** 5. Dezember.

	5. 12.	4. 12.
Paris	80,75	81,40
Belgien	93,40	94,45
Schweiz	25,10	24,97½

	5. 12.	4. 12.
Deutschland	22 Bill.	18½ Bill.
Wien	312500	306500
Bukarest	—	640,00

Börse festverzinslicher Werte.

Wieder ohne Angebot.

Die heutige Notierung der festverzinslichen Werte zeigte gegenüber dem Donnerstag voriger Woche keine wesentlichen Veränderungen. Zwar hat die Nachfrage hier und da etwas nachgelassen, andererseits aber kam auch heute Material in kaum nennenswertem Maße an den Markt, so daß trotz aller Bemühungen, Notierungen herbeizuführen, vielfach Strichnotizen erfolgen mußten. In den wenigen Werten, in denen eine Notierung vorgenommen wurde, mußte zu Repartierungen schärfster Art gegriffen werden, weil die Knappheit des Materials keine andere Handhabung zuließ. Besonders gesucht waren Landschaftliche Pfandbriefe, die fast durchweg die Bezeichnung gestrichen Geld bekamen. Provinzialanleihen waren kaum zu haben. In Industrieobligationen konnten etwas mehr Notierungen erfolgen, doch mußten auch hier zum großen Teil Repartierungen vorgenommen werden.

Keine Notierungen für deutsche Staatsanleihen.

Trotzdem heute der Tag der festverzinslichen Werte war, konnte für die ganze Liste der deutschen Anleihen (Reichs- und Bundesanleihen) kein Kurs festgesetzt werden. Diese auffallende Tatsache erklärt sich aus folgendem: Wie gestern auch von uns berichtet, machte der Börsenvorstand unter dem 5. Dezember bekannt, daß im Monat Dezember die deutschen festverzinsli.hen Wertpapiere am Donnerstag jeder Woche gehandelt und notiert werden sollen. Diese Bekanntmachung ist, wie Börsenkreise behaupten, zu spät herausgekommen. Sie habe die Provinz nicht so zeitig erreicht, daß von dort aus alle Aufträge nach Berlin für den heutigen Verkehr gelegt werden konnten. Das machte sich zunächst besonders stark auf dem Markte der alten deutschen Reichs- und Staatsanleihen fühlbar. Die Kursmakler dieses Gebiets stimmten deshalb dafür, daß eine Notierung dieser Fonds heute ausfalle. Der amtierende Börsenkommissar schloß sich dem an. Demzufolge mußte auch eine Notierung aller neueren deutschen Anleihen unterbleiben. Im freien Verkehr ging die 5proz. Reichsanleihe (Kriegsanleihe) zu 120 bis 130 Milliarden Prozent um. Die Reichsschatzanleihen (Papier) waren sämtlich angeboten.

*

Effektenfreiverkehr unsicher.

Im Effektenfreiverkehr war anfangs im Hinblick auf die in Aussicht stehende Umstellung der Industrie auf Rentenmark die Stimmung etwas freundlicher, doch trat bald wieder eine gewisse Abschwächung ein, die mit angeblich vorliegenden Verkaufsorders vom Auslande motiviert wurde. Die Kurse hielten sich ungefähr auf der Höhe der gestrigen Schlußnotierungen. Für chemische Werte und Elektropapiere bestand einiges Interesse, während unnotierte Werte ohne nennenswerte Umsätze waren.

Am hiesigen Geldmarkt stellten sich heute vormittag die Sätze auf 2½—2 pCt. pro Tag, in den späteren Mittagsstunden sank der Satz bis auf 1 pCt. pro Tag.

Goldzinsen für die preußischen wertbeständigen Anleihen. Nach den Bedingungen der preußischen Kaliwertanleihen und Roggenwertanleihen ist — ähnlich wie für fast alle sonstigen am Markt befindlichen wertbeständigen Anleihen — der Zinszahlung am 2. Januar für das zweite Halbjahr 1923 der amtliche Durchschnittspreis des Roggen- bzw. Kaliprodukts zugrunde zu legen, der dem diese Anleihen basiert sind, für die Monate Oktober und November d. J. zugrunde zu legen. Der seit Oktoberbeginn eingetretene weitgehende Markstura entwertet diesen Durchschnittspreis heute auf nur wenige Goldpfennige. Die von ihm abzuleitenden 2½ pCt. Halbjahreszinsen würden daher die Anleihebesitzer schwer enttäuschen. Die Preußische Finanzverwaltung hält es deshalb — unabhängig von der Frage der Verpflichtung und unabbängig von den bloßen Papiermarkzinsen, die von anderen Ausgebern von Roggenrentenbriefen soeben für die Januarzahlung in Aussicht gestellt sind — dem Anschen des Preußischen Staats und der Wert einer wertbeständigen Anleihe für angemessen, ihren Anleiheglaubigern am 2. Januar die Zinsen zu dem Durchschnittspreis des täglichen Goldwertes der beiden fraglichen Monate zu zahlen. Demgemäß legt die Preußische Finanzverwaltung der Zinszahlung am 2. Januar für 1 Zentner Roggenwertanleihe einen Goldwert von 7,75 Goldmark und für 1 Doppelzentner Kaliwertanleihe einen Goldwert von 8,10 Goldmark zugrunde, zahlbar in Papiermark oder in dem etwa sonst an diesem Tage geltenden gesetzlichen Zahlungsmittel, gemessen am Stand der Goldmark bzw. der Goldanleihe am letzten Notierungstag vor dem 2. Januar 1924 (voraussichtlich der 31. Dezember 1923). — Der Standpunkt des Preußischen Staates, die Zinszahlungen bei wertbeständigen Anleihen auch in vollwertiger Höhe vorzunehmen, ist nur zu begrüßen und sollte den übrigen Emittenten von wertbeständigen Anleihen nur als Vorbild dienen.

Die Veränderungen im Stinneskonzern. Zu den geplanten organisatorischen Veränderungen im Stinneskonzern, über die wir bereits ausführlich berichtet haben, erfährt unser Essener Mitarbeiter, daß vor allem Teile des Eisenbahnbesitzes der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., deren Zusammenfassung mit Besitzteilen der anderen Interessengemeinschafts-Firmen wünschenswert erscheinen, in die neu zu bildende Dachgesellschaft eingebracht werden sollen. Die Stelle des unbeteiligten Gebieten, an die zunächst das Schwergewicht des Konzerns verlegt werden soll, ist noch immer nicht bekannt. Die anderen Teile des Elektro-Montan-Trustes werden höchstwahrscheinlich dem Vorbild der großen Konzerngesellschaften folgen.

Abschluß der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Der Abschluß der Gesellschaft für das am 30. Juni beendete Rechnungsjahr ergibt einschließlich Vortrag (1 375 189 (1. V. 1 828 501) M. einen Reingewinn von 2 104 247 197 (41 375 186) M. Der G.-V. wird vorgeschlagen, diesen Reingewinn mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse vorzutragen (i. V. 25 pCt. Dividende).

Freigabe des Rheinverkehrs. Die Besatzungsbehörden haben den Transitverkehr auf dem Rhein freigegeben. Dadurch sind die bisher bestehenden großen Schwierigkeiten, denen auch die unter neutraler Flagge fahrenden Rheinschiffe ausgesetzt waren, in Fortfall gekommen.

Polnisch-ungarische Handelsvertragsverhandlungen. Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Ungarn und Polen werden, wie aus Budapest gedrahtet wird, demnächst aufgenommen werden. Die zwischen dem Warschauer ungarischen Gesandten und dem polnischen Handelsminister geführten Vorbesprechungen ergaben, daß in keinerwesentlichen Fragen eine Meinungsverschiedenheit besteht, so daß der Abschluß des Handelsvertrages binnen kurzem zu erwarten ist.

Verlag und Druck: Ullstein A.-G., Berlin